

## **KAB-Studientag 2015: „Arbeitswelt für Menschen mit Behinderung“**

Am Studientag wirkten Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit folgendem Bezug mit: Menschen mit Behinderung, betroffene Familien, Dachorganisation für Menschen mit Behinderung, Politik, Gewerkschaft, Kirche, Arbeitgebervertretung, Behindertenvertrauenspersonen, Soziale Einrichtungen, Schule.

### **Präambel**

- Vor Gott haben alle Menschen gleiche Würde - der Wert des Menschen hängt nicht von seiner Leistung ab sondern durch sein „Sein“.
- Arbeit ist Teil der Menschenwürde und der Menschenrechte.
- Politik kann nur den Rahmen schaffen, die Gesellschaft muss einen entsprechenden Beitrag leisten.
- Auch gesunde Menschen müssen schon jetzt ein höheres Maß an Leistung schaffen, damit wird es für Menschen mit einer Einschränkung noch schwerer. Nehmen wir mehr acht auf uns.
- Menschen mit Behinderung fördern die soziale Kompetenz.
- „Stärkenorientierte Sichtweise“: Stärken stärken - mit Schwächen leben können.
- Bei Umgang mit behinderten Menschen in erster Linie immer den Menschen sehen und erst dann auf seine Einschränkungen Rücksicht nehmen (Wortwahl).
- Die Bewusstseinsbildung der Gesellschaft und die Sensibilisierung für Menschen mit Behinderung soll gestärkt werden.
- Gutes Selbstbewusstsein fördern bzw. entwickeln („Sagen, was wir brauchen!“)
- Sprachgebrauch: „Man soll die Dinge beim Namen nennen!“. Nicht durch falsch verstandene Rücksichtnahme Chancen verpassen.

### **Forderungen, Wünsche und Anregungen**

Die folgende Zusammenfassung widerspiegelt nur die Aussagen aus dem KAB-Studientag und kann keinesfalls alle Verbesserungspotentiale aufzeigen. Wir möchten daher auch auf das Strategiepapier der Österreichischen Bundesregierung „Nationaler Aktionsplan Behinderung 2012 - 2020“ hinweisen, worin die Selbstverpflichtung der politisch Verantwortlichen und der Gesellschaft dargelegt ist [www.sozialministerium.at](http://www.sozialministerium.at)

- Zwischen Bund, Länder, Gemeinden, AMS usw. aufgeteilte Kompetenzen führen zu unnötigen Problemen und Ineffizienzen (zB Arbeitsmarkt = Bundeskompetenz, Beschäftigungstherapie = Länderkompetenz). Dies sollte unbedingt verbessert werden. Einheitliche Gesetze bundesweit einführen - Politik
- Rechtssicherheit schaffen: ab einem definierten Behinderungsgrad, bei einer Leistungserbringung in der Arbeitswelt soll automatisch ein Recht auf

Sozialleistungen zugestanden werden (keine Gnade erbitten). Ein bundesweites Gesetz schaffen - Politik

- Die Deloit-Studie als Basis für die Finanzierbarkeit von Leistungen geht von falschen Daten und Quellen aus. Neuüberarbeitung! - Politik
- Es braucht mehr Unterstützungsmöglichkeit für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, zB. mehr Ambulatorien für Entwicklungsdiagnostik, Logopädie etc. Entlastungsmöglichkeiten für betroffene Angehörige - Politik
- Mehr steuerliche Entlastungen für Betriebe einführen - Politik
- Einen erweiterten Arbeitsmarkt für Dauerbeschäftigung für Menschen mit Behinderung schaffen. (Verein Wohnen, Transitarbeitskräfte, Übergang zum 1. Arbeitsmarkt) – Politik, Betriebe
- Erhöhung der Ausgleichstaxe – Politik
- Menschen mit Behinderung bringen soziale Kompetenz ins Unternehmen und sind daher eine Bereicherung für den Betrieb. Das Management muss Bereitschaft zeigen und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen entsprechend situationsgerecht vorbereitet sein - Betriebe
- Soziale Kompetenz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fördern und schulen, damit Menschen mit Behinderung gut integriert werden können - Betriebe
- Industrie 4.0 kann auch eine Chance für Menschen mit Behinderung sein. Einsatz von Technologien, die Einschränkungen der betroffenen Menschen kompensieren können - Betriebe
- Wenn Betriebe Arbeitsleistungen von Sozialeinrichtungen in Anspruch nehmen, dann soll dies auch entsprechend bezahlt werden - Betriebe
- Sozial orientierte Firmen und betroffene Familien zusammenbringen – Betriebe, Gesellschaft
- Aufklärung der Unternehmen (WKÖ) über die Auswirkungen des Feststellungsbescheides, um Missverständnisse bei Arbeitgebern zu vermeiden - Betriebe (WKÖ)
- Praktika für Menschen mit Behinderung sollen finanziell abgegolten werden. Die geleistete Arbeitszeit soll für die Pension angerechnet werden - Politik, Betriebe
- Gehalt statt Transferleistungen bezahlen (Ansprüche für Pflegegeld, Mindestsicherung etc. zusammenlegen) - Politik, Betriebe
- Mehrstufiges Modell für die Arbeitswelt für Menschen mit Behinderung weiterentwickeln – Politik, Betriebe
- Barrierefreiheit in Kirchen schaffen (zB. Bei Renovierungen) - Kirche
- Sitzplätze für Rollstuhlfahrer vorsehen – Kirche
- Induktionsschleifen für Hörgeräteträger schaffen - Kirche
- In der Verkündigung auf die Probleme der Menschen mit Behinderung eingehen - Kirche
- Kirche und kirchennahe Einrichtungen: Erfüllung der Einstellungspflicht (Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit einer Einstufung als Begünstigt Behinderte/r des Sozialministeriumsservice) - Kirche
- Bei Maßnahmen immer die direkt betroffenen Menschen einbinden – Politik, Kirche, Gesellschaft
- Kenntnisse über Umgang mit Menschen mit Behinderungen erwerben. Entsprechende Sensibilisierung aneignen – Gesellschaft